

Guter Vorsatz

Solidarisch handeln, sich mitfühlend engagieren, großzügig geben – die übergroße Mehrzahl der Menschen in Deutschland ist sich wohl darin einig, dass dies drei entscheidende Merkmale für eine Gesellschaft sind, in der es sich zu leben lohnt. Doch warum sieht die Realität so anders aus? Dem „World Giving Index 2014“ der renommierten Charities Aid Foundation (CAF) in Großbritannien zufolge haben sich im Jahr 2013 nur 25% der Deutschen ehrenamtlich engagiert (Platz 46 von 135 untersuchten Ländern), und 42% (Platz 27) haben einer gemeinnützigen Organisation Geld gespendet. Viel größer ist die Spenderquote hingegen in Großbritannien und Irland (je 74%), Kanada (71%), den Niederlanden (70%), Dänemark (62%) oder Schweden (55%).

Sind die Deutschen besonders engherzig? Auf diese unbequeme Frage liefern wissenschaftliche oder zumindest repräsentative Studien bisher keine Antwort. Ein paar subjektive Eindrücke: Spontanumfragen, die Journalisten besonders gern in der Weihnachtszeit in Einkaufsstraßen veranstalten, bringen regelmäßig große Vorbehalte einer Mehrzahl der Befragten zum Vorschein: Das Geld komme ja doch nicht an ... wenn überhaupt, so spende man nur im eigenen lokalen Umfeld ... die Verwaltungskosten seien doch häufig zu hoch. Dass die Realität beim Großteil der Organisationen viel besser aussieht, nehmen viele Menschen offenbar gar nicht wahr. Transparenz ist nicht nur eine Bringschuld, sondern auch eine Holschuld. Eine andere Facette: Fachleute, die in Schulen in Deutschland gemeinnützige Projekte vorstellen, berichten darüber, dass Schüler und Schülerinnen, die einen Migrationshintergrund haben und dem Islam angehören, wesentlich positiver dem Spenden und Engagement gegenüber stehen als die übrigen Kinder und Jugendlichen. Letztere würden zudem häufig auf negative Einstellungen ihrer Eltern zum Thema Spenden verweisen.

Der gemeinnützige Sektor ist in Deutschland nicht weniger vertrauens- und unterstützungswürdig als etwa in Großbritannien, den Niederlanden oder Schweden. Dies auch der großen Bevölkerungsmehrheit hierzulande wirkungsvoll zu kommunizieren, ist eine große Herausforderung und Chance im neuen Jahr. Ein wirklich guter Vorsatz!

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

Dimension, denn viele Männer holten ihre Frauen und Kinder nach Deutschland, weil sie sich für einen dauerhaften Aufenthalt entschieden hatten (Huber 2014).

Seit Mitte der 1990er-Jahre ist die Erfassung der Menschen mit Migrationshintergrund schwieriger geworden, weil viele durch die Einbürgerung als Deutsche registriert werden. In Deutschland leben mittlerweile 15,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, von denen 7,1 Millionen keinen deutschen Pass besitzen. 1,62 Millionen Menschen haben einen türkischen Pass, zirka 1 Millionen türkische Einbürgerungen müssen hinzugerechnet werden. Die Migrantinnen und Migranten aus der Türkei bilden die größte Gruppe, da Aussiedler und Spätaussiedler als Einheimische gelten (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012).

Seit dem Anwerbestopp von 1973 ist der Zuzug von Menschen aus der Türkei und anderen Nicht-EU-Ländern nur noch über Familienzusammenführung¹ möglich. Ein anderer Weg ist der illegale Zuzug mit dem Ziel, in Deutschland Asyl zu beantragen. Diese Menschen leben oft in prekären Lebensverhältnissen, weil sie den etablierten Migrantinnen und Migranten rechtlich nicht gleichgestellt sind.

3 Zwei Fälle – zwei unterschiedliche Zugänge? | Die beiden hier dargestellten unterschiedlich gelagerten Fälle sollen aufzeigen, dass die sichere rechtliche Lage von Migrantinnen und Migranten entscheidend ist, um sozialpädagogisch handeln zu können. Bei etablierten Familien (Fall 1) ist die Intervention lediglich pädagogischer Natur und durch interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Schulung gut lösbar. Der zweite Fall macht deutlich, dass die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oft gar nicht aktiv werden können, weil ihr Zugang zur Zielgruppe politisch nicht vorgesehen beziehungsweise nicht gewünscht ist.

3-1 Fall 1: Etablierte Jugendliche und Familien | Der 17-jährige *Umit* wurde in Deutschland geboren, die Familie stammt ursprünglich aus der Türkei. Er wurde mehrfach mit Gewalt-, Ladendiebstahl- und Drogendelikten straffällig. Während der Beratungsgespräche bei der Jugendgerichtshilfe

¹ Auch der Zuzug von Ehepartnern wurde im Jahre 2005 erschwert, da deren Einreise an den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse gekoppelt ist. Nachziehende Ehepartner müssen im Heimatland an einem Deutschkurs teilnehmen und eine Prüfung bestehen (Huber 2014).